

Monatsspiegel



Juli/August 2019



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Warum es die SPD heute noch braucht

Dr. Ulrich Maly im Interview mit Michael Reiner, BR-Studio Franken:

Die SPD gibt derzeit wirklich kein gutes Bild ab. Schafft sie sich damit denn selber ab?

Ulrich Maly: Nein, das glaube ich nicht. Wir sind ungefähr 160 Jahre alt und wurden schon oft totgesagt, mehrfach verboten. Und die eine oder andere Spaltung haben wir auch schon hinter uns. Insofern glaube ich das tatsächlich nicht, aber wir sind in einer ernsthaften Krise. Das sieht man an den Wahlergebnissen eher noch wie an den personellen Diskussionen. Insofern ist der Rücktritt von Frau Nahles ein Ereignis, aber nicht der Grund dafür, dass man sagt: Wir sind im Moment nicht besonders gut in der Performance.

Warum braucht es denn die SPD heute überhaupt noch? Was sind die inhaltlichen Schwerpunkte, mit denen man

künftig punkten muss?

Ulrich Maly: Ich denke, wir haben ein paar programmatische Defizite. Das ist auch bekannt. Wir diskutieren das ja nach jedem schlechten Wahlergebnis. Nur fehlt es letztlich immer an der Umsetzung. Ein Defizit ist sicherlich das Thema Ökologie. Das hat man den Grünen überlassen, die ja irgendwo in ihrer Entstehungsgeschichte zumindest Fleisch vom Fleische der SPD sind. Obwohl Ökologie eigentlich auch ein klassisches Gerechtigkeitsthema ist. Da muss ich doch nicht die Schöpfung berufen, um mich um Ökologie zu kümmern. Wenn Sie aus dem Fenster schauen, wo die armen Leute in der Stadt wohnen und wo die, denen es besser geht, wohnen, dann sehen Sie auch hier, dass das Thema saubere Luft, Ökologie, Straßenlärm ein sehr intensives Gerech-

tigkeitsthema ist, also ein Kernthema der SPD. Wir sind nicht erkennbar bei der Digitalisierung. Wir tragen manchmal noch ein Staatsverständnis aus den 70er-Jahren in uns: Sozialdemokrat ist Weltmeister im Zwangsbeglücken, wir wissen immer, was für die Menschen gut ist, bevor sie es selber wissen. Ich glaube, dass auch solche Stilfragen eine Rolle spielen. All diese Dinge muss man komplett unabhängig von der Frage bearbeiten, wer gerade Vorsitzender ist, um die Sexyness oder die Coolness wiederzukriegen, die eine fortschrittliche Partei braucht, um auch die Massen zu mobilisieren.

Mit dem Thema soziale Gerechtigkeit kann man derzeit nicht mehr so richtig punkten. Was muss sich denn programmatisch ändern?

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

| | | | | |
|--------|-------|-------------------------------------------|----------------------------|-------|
| 04.07. | 19:00 | Sonder-Kreismitgliederversammlung | Turnerbund | |
| 04.07. | 20:00 | Kreisvorstand Beschluss Stadtratsliste | Turnerbund | |
| 09.07. | 19:30 | Jusos: Sitzung | August-Bebel-Haus | S. 16 |
| 10.07. | 20:00 | Distrikt West: Distriktsversammlung | Güthlein | S. 15 |
| 11.07. | 18:00 | Außerordentlicher UB-Parteitag | Turnerbund | |
| 11.07. | 19:00 | Kreismitgliederversammlung Programm | Turnerbund | |
| 16.07. | 15:00 | AG 60plus | August-Bebel-Haus | S. 15 |
| 16.07. | 19:30 | Distrikt Ost: Distriktsversammlung | Pizzeria Romano | S. 14 |
| 17.07. | 19:00 | Distrikt Eltersdorf: Distriktsversammlung | Schützenhaus | S. 14 |
| 17.07. | 20:00 | Distrikt Süd: Distriktsversammlung | Bürgertreff Berliner Platz | S. 14 |
| 20.07. | 10:00 | Kreismitgliederversammlung Stadtratsliste | SpVgg Erlangen | S. 3 |
| 23.07. | 19:30 | Jusos: Sitzung | August-Bebel-Haus | S. 16 |

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Christian Wonnerth
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 15:00 Uhr
 Dienstag 10:00 bis 15:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 10:00 bis 15:00 Uhr
 Freitag 12:00 bis 14:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführerin: Nina Riebold
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten:

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 14:00 bis 17:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 14:00 bis 16:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Stefan Barth, Philipp Dees, Monika Fath-Kelling, Jutta Frischengruber, Dieter Rosner, Mark Schuster

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Ulrich Maly: Wir wissen aus Umfragen, dass viele Menschen das Gefühl haben, dass das Soziale in der Marktwirtschaft, dieses eigentliche Urversprechen der Bundesrepublik, verloren zu gehen droht oder verloren gegangen ist. Es gibt viele, die sich als Verlierer und abgehängt fühlen. Nicht nur die Hartz-IV-Empfänger, sondern durchaus auch die Mittelschicht. Gerechtigkeitsfragen sind immer Fragen, die die Menschen bewegen. Das wird auch bleiben. Es wird auch neue Ungerechtigkeiten geben. Wie gehen wir um mit den Big-Data-Firmen, die keine Steuern zahlen, obwohl sie hier Geld verdienen? Was macht die Digitalisierung mit den Abhängigkeitsverhältnissen der Arbeitsgesellschaft? Darauf müssen wir Antworten geben. Die Gerechtigkeitsfrage ist nicht mehr die Robin-Hood-Frage: Der aufrechte Sozialdemokrat reitet durchs Land, raubt es den Reichen und verteilt es an die Armen. Sondern es ist die Frage, wie wir künftigen – durch das Netz vielleicht viel filigraneren – Abhängigkeitsverhältnissen begegnen können und trotzdem die Rechte der Menschen stärken. Also davon ist nichts veraltet.

Blick auf das nächste Jahr, dann sind Kommunalwahlen: Die CSU hat vorgegeben, jetzt auch die ganzen roten Rathäuser zu stürmen, speziell in Franken. Wie will die SPD diese Bastion verteidigen?

Ulrich Maly: So wie wir es immer gemacht haben: Wir haben in aller Regel immer auf Berühmtheiten aus Berlin verzichtet und uns sozusagen selbst programmatisch aufgestellt. Auf der kommunalen Ebene hat man die Gelegenheit, den Menschen zu zeigen, was es bedeutet, SPD-Grundwerte in praktische Politik zu übersetzen. Man sieht draußen an den Kindergärten, an den Schulinvestitionen, an den Investitionen im ÖPNV, von was wir glauben, was die richtige Politik ist. Insofern haben wir schon eine Geschichte zu erzählen, an der nichts falsch geworden ist. Zugegeben, auch bei uns ist ein Generationswechsel vielleicht nicht falsch – ich habe ja erklärt, dass ich nicht mehr weitermache nach 18 Jahren. Junge Leute haben andere Anforderungen an Politik als meine Generation und es gibt zwei junge Kandidaten, die zumindest jetzt bekannt sind. Einer von uns und einer von der CSU. Es verspricht einen Generationswechsel und es verspricht interessant zu werden, aber verloren geben wir die Großstädte noch lange nicht.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

zur Aufstellung der

SPD-Stadtratsliste 2020

**am Samstag, den 20. Juli 2019 um 10.00 Uhr
SpVgg Erlangen, Kurt-Schumacher-Straße 11**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Beschluss der Tagesordnung
 - b. Wahl der Sitzungsleitung
 - c. Wahl der Schriftführung
 - d. Bestimmung der Zeuginnen bzw. Zeugen über die Aufstellungsversammlung
 - e. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 - f. Beschluss der Geschäftsordnung
3. Wahl der Stadtratsliste für die Kommunalwahl am 15. März 2019
4. Beschluss über das Verfahren beim Ausscheiden von Bewerberinnen oder Bewerbern
5. Bestimmung des/der Beauftragten für den Wahlvorschlag und der Stellvertretung

Bitte komm zur Veranstaltung am 20.7. und bringe gerne auch Freunde, Verwandte und Bekannte mit. Wir wollen weiter unseren Gestaltungsanspruch für eine zukunftsorientierte Stadtpolitik deutlich machen.

Solidarische Grüße

Dieter Rosner
Vorsitzender

Sandra Radue
stv. Vorsitzende

Dr. Philipp Dees
stv. Vorsitzender

Wahlberechtigt bei der Aufstellung sind nur Mitglieder der SPD Erlangen, die zum Zeitpunkt der Aufstellungsversammlung bei einer Kommunalwahl wahlberechtigt wären. D.h. die Genossinnen bzw. Genossen müssen 18 Jahre alt und Staatsbürger eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union sein sowie „sich seit mindestens zwei Monaten [...] mit dem Schwerpunkt ihrer Lebensbeziehungen [in Erlangen] aufhalten“, d.h. in der Regel seit zwei Monaten mit Erstwohnsitz in Erlangen gemeldet sein.

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Einsatz für die FAU

Intensiv haben sich Oberbürgermeister Florian Janik und die SPD-Stadtratsfraktion in den letzten Wochen für die Zukunft der Friedrich-Alexander-Universität eingesetzt. Denn die nötigen Investitionen, um den Hochschulstandort Erlangen zu gestalten, fehlen im Haushalt des Freistaats Bayern: Dort sind weder Mittel für die „Wissenschaftsachse“ in der Erlanger Innenstadt mit dem Umbau des „Himbeerpalasts“ für die Philosophische Fakultät, dem Neubau eines Hörsaalzentrums an der Henkestraße/Langemarckplatz und der Generalsanierung von Schloss und Kollegienhaus vorgesehen, noch wurden Gelder für zahlreiche Erweiterungen und Sanierungen auf dem Südgelände, die Erweiterung der Technischen Fakultät auf den Siemens-Campus oder den Neubau für die Erziehungswissenschaften in Nürnberg bereitgestellt.

Für die FAU könnte diese Haushaltspolitik dramatische Folgen haben. Denn für zahlreiche Gebäude der FAU sind die Betriebsgenehmigungen wegen des Sanierungsstaus befristet. Wird nicht saniert oder neu gebaut, drohen in einigen Jahren Gebäudesperrungen und dadurch massive Einschränkungen des Lehr- und Forschungsbetriebs. Deshalb erwägt die FAU nach Informationen aus dem Kuratorium, kurzfristig zahlreiche Studiengänge, beispielsweise die Chemie, einzustellen, weil sie die Studierbarkeit nicht mehr gewährleisten kann. Auf die Aktivität von Florian Janik und der SPD-Fraktion haben mittlerweile zahlreiche verantwortliche Politiker der CSU erklärt, sie wollten die notwendigen Mittel für die FAU selbstverständlich bereitstellen. Dazu haben sie auch kurzfristig die Gelegenheit: Denn auf Initiative von Alexandra Hiersemann hat die SPD-Landtagsfraktion einen Dringlichkeitsantrag gestellt, für die für die Zukunft der FAU dringend notwendigen

Sanierungs- und Neubaumaßnahmen unverzüglich eine Finanzplanung vorzulegen und noch 2019 die notwendigen Mittel bereitzustellen. Dieser Antrag wird in Kürze im Landtag beraten – eine breite Zustimmung sollte angesichts der Erklärungen aller Erlanger Landtagsabgeordneten und der Bedeutung der FAU selbstverständlich sein!

Klimanotstand ausgerufen

Als erste Stadt in Bayern hat Erlangen den Klimanotstand erklärt. Mit dem Beschluss hat der Stadtrat mit großer Mehrheit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden

Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anerkannt. Das Ratsgremium kommt damit einer Aufforderung der Bürgerversammlung im März nach. Der Klimanotstand wurde bisher von einigen Städten wie Los Angeles, London, Konstanz und Kiel ausgerufen. Auch das britische Parlament hat sich als erstes Land weltweit für die Ausrufung des Klimanotstands ausgesprochen.

Dabei geht es der SPD-Fraktion wie auch Florian Janik um mehr als ein Symbol. Dafür schlägt Oberbürgermeister Florian Janik vor, ein externes Gutachten zu beauftragen, das darlegen soll wie die Stadt Erlangen das 1,5-Grad-Ziel möglichst schnell erreichen kann. Der Oberbürgermeister betonte: „Uns allen muss klar sein, dass wir, wenn wir wirksam den Klimawandel beschränken wollen,

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 05.07. Hedwig Kienzerle
86 Jahre
- 09.07. Wilhelm Gehr
89 Jahre
- 10.07. Silke Zieten
87 Jahre
- 14.07. Renate Haas
75 Jahre
- 15.07. Eva Haas
76 Jahre
- 18.07. Edgar Hartmann
79 Jahre
- 25.07. Uta von Stengel
77 Jahre
- 26.07. Giorgio Jellici
84 Jahre
- 31.07. Gerhard Moog
92 Jahre
- 04.08. Andreas Hahn
93 Jahre
- 05.08. Hans Buerhop
80 Jahre



- 07.08. Marga Mittag
88 Jahre
- 09.08. Helmut Aichele
80 Jahre
- 12.08. Volker Scheidig
60 Jahre
- 13.08. Günter Rupprecht
78 Jahre
- 15.08. Martina Haase
60 Jahre
- 22.08. Ruth Wissmann
75 Jahre

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
September 2019
21. August 2019

allen Rahmenbedingungen und unsere Lebensweise auf den Prüfstand stellen müssen. Bei den Diskussionen mit den Menschen in Erlangen in der nächsten Zeit muss es darum gehen auch diejenigen einzubeziehen, die sich bei dem



Thema bisher nicht zu Wort melden.“
Über weitere konkrete

Maßnahmen – sowohl diejenigen, die ebenfalls auf Antrag von „Fridays for Future“ von der Bürgerversammlung beschlossen wurden, als auch weitere Vorschläge – wird der Stadtrat in den kommenden Monaten entscheiden. Dabei sollen die Vorschläge vor einem Stadtratsbeschluss in einem Informations- bzw. Beteiligungsformat vorgestellt werden. Für den Herbst/Winter 2019 ist die Durchführung einer (Schüler-)Klimakonferenz geplant, die gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern von „Fridays for Future“ organisiert werden soll.

StUB-Vorzugstrasse

Im Mai hat der Stadtrat Vorzugstrasse für das Raumordnungsverfahren zur Stadt-Umland-Bahn beschlossen. Damit wurde wieder ein wichtiger Schritt hin zur Verkehrswende gemacht: Denn für diese braucht es attraktive, leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel, die den motorisierten Individualverkehr ersetzen können. Und genau das ist die „StUB“ gerade mit der nun gefundenen Trasse. Denn diese Trasse hat in der intensiven Diskussion über zahlreiche Varianten in einem umfangreichen und beispielhaften Beteiligungsverfahren gezeigt, dass sie die leistungsfähigste und attraktivste ist.

Entwickelt wurde die Vorzugstrasse in einem umfangreichen Beteiligungsverfahren.

Dabei wurden von den Bürgerinnen und Bürgern an die 1.000 Vorschläge eingereicht, die zu über 100

Varianten geführt haben. Der Zweckverband hat alle einzeln geprüft. Dabei wurden Fahrgastzahlen, Fahrzeiten, bauliche Voraussetzungen und Umweltbelange verglichen und abgewogen. Strittigster Punkt bei der StUB-Vorzugstrasse ist die Querung des Wiesengrundes. Auch hier wurden verschiedene Varianten geprüft: Die ursprüngliche „Kosbacher Brücke“, die von Bürger*innen vorgeschlagene Alternative „Wöhrmühlbrücke“, Führungen über den Büchenbacher oder den Dechsendorfer Damm. Dabei hat die Untersuchung ergeben, dass die Wöhrmühlbrücke – eine Strecke vom Schulzentrum West direkt zum Großparkplatz/Bahnhof – die beste Verbindung ist. Sie ermöglicht auch eine grundlegende Beschleunigung des Busverkehrs aus dem Stadtwesten und dem westlichen Landkreis, der die Brücke künftig mit Nutzen kann und damit die Innenstadt erheblich schneller erreicht als heute. Neben der kurzen Fahrzeit für StUB und Busse spricht für diese Variante außerdem, dass die ökologisch sehr wertvollen Seelöcher im Westen des Regnitzgrundes umfahren und auch die Auwald-Reste im Osten des Regnitzgrundes (unterhalb des Stützens der Werner-von-Siemens-Straße) geschont werden.

In den Untersuchungen zur Trassenführung hat sich auch herausgestellt, dass Trassenführungen über die bestehenden Talquerungen den für die Förderung notwendigen Nutzen-Kosten-Faktor von 1,0 so deutlich verfehlen, dass eine Förderung ausgeschlossen ist. Daher heißt es nach derzeitigem Stand auch: Die StUB kann nur mit der Wöhrmühlbrücke (oder der ökologisch viel schlechteren Kosbacher Brücke) gebaut werden.

Im Raumordnungsverfahren wird das wie die gesamte Vorzugstrasse jetzt nochmal von Dritten geprüft, die auch die alternativen Streckenführungen nochmals bewerten. Wenn diese bestätigen, dass die Trasse die beste ist, dann kann es zügig weiter-



gehen: Mit der Detailplanung, der Planfeststellung und dann dem Bau.

Zollhausplatz soll attraktiver werden

Zurückgehend auf eine Initiative der SPD plant die Stadtverwaltung derzeit eine attraktivere Gestaltung des Zollhausplatzes. Mit der Veranstaltungsreihe „Auf die Plätze“ hatte die SPD Bürger*innen zur Diskussion auf diverse Plätze eingeladen. Zum Beispiel auf dem Zollhausplatz, der zentral im Zollhausviertel liegt, aber kaum Aufenthaltsqualität hat.

Schon damals äußerten zahlreiche Anwohner*innen ihre Wünsche für eine Umgestaltung des Zollhausplatzes vorstellen könnten. Nach der Veranstaltung stellte die SPD-Fraktion einen Antrag, der die Verwaltung beauftragte, in Form von Bürger*innenbeteiligung einen Plan zur Umgestaltung des Zollhausplatzes zu entwickeln.

Der erste Bürger*innen-Workshop dazu fand letztes Jahr statt, wo Ideen der Bürger*innen gesammelt wurden. Im Juni gab es nun einen zweiten Workshop, bei dem das beauftragte Architekturbüro drei verschiedene Planungsvarianten zur Diskussion stellte. Der einhellige Wunsch der Bürger*innen war dabei, dass der Platz möglichst grün wird und ein Ort der Begegnung geschaffen wird. Das Architekturbüro nahm diese Ideen mit und wird im dritten Bürger*innen-Workshop einen überarbeiteten Entwurf vorstellen.

Stadtteilhaus Büchenbach kommt voran!

Beim Bürgerhaus am Rudeltplatz in Büchenbach geht es voran: In Workshops können die Bürger*innen ihre Ideen für das Raumprogramm einbringen: Soll es mehr Mehrzweck- und Kreativräume geben oder Räume für Sport etc. Bei der gut besuchten Auftaktveranstaltung zeigte das Berliner Planungsbüro „Die Baupiloten“, dass sie schon in vielen Projekten die Wünsche und Vorstellungen verschiedenster Interessengruppen in ein Projekt vereinen konnten. Auf einige Büchenbacher*innen wirkte der experimentelle Ansatz zunächst seltsam, nach der ersten Workshopphase waren aber alle ausnahmslos be-

geistert.

Gearbeitet wurde mit einem Atmo-Mosaik, bei dem man seine eigene Vision von Raumgefühl des künftigen Stadtteilhauses kreativ ausdrückt. Die Ergebnisse waren zwar sehr verschieden, die Gedanken dazu allerdings nicht weit voneinander entfernt: Viele Büchenbacher*innen hätten gerne einen hellen, grünen Ort, der Kreativität zulässt und gleichzeitig auch die Möglichkeit zum Zurückziehen gibt.

In einem zweiten Spiel namens Raumtraum-Verhandeln wurden dann in kleineren Gruppen die stärksten Interessen erörtert und danach räumlich auf einem Spielbrett aufgeteilt und verbunden.

In der zweiten Workshopphase wurden die vorherigen Ergebnisse analysiert und wieder aufgegriffen. In sogenannten „Tuschelrunden“ konnten die Büchenbacher*innen gemeinsam konkrete Ideen und Wünsche einbringen. Auch gab es ein zweites Brettspiel, ähnlich dem aus der ersten Workshopphase. Ergebnisse waren unter anderem großzügige Öffnungszeiten, dass die Bibliothek dezentral im Haus aufgeteilt sein soll und dass auch der Außenbereich in die Nutzung einbezogen werden soll.

Schön ist auch, dass sich das Planungsbüro um die Wünsche der Kleinsten unserer Gesellschaft kümmert und diese ins Verfahren mit aufnimmt. Am 16. Juli (18 Uhr) werden dann in der Heinrich-Kirchner-Schule die Ergebnisse präsentiert und in die konkrete Planung für das Gebäude umgesetzt. Spätestens Ende 2020 soll dann endlich der Spatenstich für das neue Stadtteilhaus entstehen. Mehr Informationen unter StadtteilhausWest.de

Erlangen gehört zu den nachhaltigsten Kommunen Deutschlands

Erlangen ist für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2020 in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Großstadt“ nominiert. In einem anspruchsvollen Wettbewerb setzte sich die Hugenottenstadt gemeinsam mit Osnabrück und Stuttgart im Feld der Großstädte durch. Bis Ende Juli entscheidet nun eine unabhängige Expertenjury, ob Erlangen

die begehrte Auszeichnung erhält.

Im Begründungstext, den das Büro Deutscher Nachhaltigkeitspreis verfasst hat, wird das Engagement von Stadtspitze, Verwaltung und Bürgerschaft in Puncto Integration, Inklusion, Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz hervorgehoben. Die Stadt folge bei ihrer nachhaltigen Entwicklung dem stadtgeschichtlichen Leitbild „Offen aus Tradition“. Beispielhaft werden Projekte wie Bewegung als Investition in Gesundheit (BIG), Projekt Wohnen für Hilfe, die engmaschigen Angebote der Jugendhilfe und die Bemühungen um die Schaffung von attraktiven Grünräumen, aber auch die Maßnahmen zur Klimaanpassung genannt. „Das diesjährige Spitzenfeld zeigt echte Vorbilder unter den Kommunen. Nachhaltige Entwicklung prägt dort in besonderer Weise den kommunalen Alltag“, sagt Stefan Schulze-Hausmann, Initiator des Deutschen Nachhaltigkeitspreises. „Sie setzen auf breite Bürgerbeteiligung, adressieren konsequent Themen wie Klimaschutz und Bildungsgerechtigkeit und sie übernehmen globale Verantwortung.“

Oberbürgermeister Florian Janik freut sich über die positive Bewertung Erlangens. „In der Kommune, dort wo die Menschen leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen, wird die große Dimension der Nachhaltigkeit sichtbar. Es ist eine Herausforderung, alle Lebensbereiche wie zum Beispiel die Wirtschaftsstruktur, Klima und Energie, Wohnen, Bildung oder Bürgerbeteiligung unter Nachhaltigkeitsaspekten zu betrachten. Dabei geht es auch ganz wesentlich um den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Dass uns das in Erlangen gut gelingt, zeigt nun die überregionale Anerkennung in dem Wettbewerb. Natürlich hoffe ich, dass wir den Titel ‚nachhaltigste Großstadt‘ erreichen. Aber es ist schon eine große Auszeichnung, unter die Top 3 gelangt zu sein.“

Nach der Auswertung der Fragebögen in der ersten Wettbewerbsphase werden die Kommunen nun besucht. Vor Ort führen Experten des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und des kommunalen Umweltschutzverbandes ICLEI vertiefende Interviews. Ende Juli entscheidet eine unabhängige Expertenjury unter dem Vorsitz von Prof. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, über die Sieger. In diesem Jahr wird der Deutsche Nachhaltigkeitspreis

für Städte und Gemeinden zum achten Mal vergeben. Die Auszeichnung ist eine Initiative der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, der Allianz Umweltstiftung, dem Rat für Nachhaltige Entwicklung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gesucht werden Kommunen, die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eine nachhaltige Stadtentwicklung betreiben und in den wichtigen Themenfeldern der Verwaltung erfolgreiche Nachhaltigkeitsprojekte realisieren. Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden wird in drei Größenkategorien vergeben: Erlangen gehört zu Deutschlands nachhaltigsten Großstädten. Ferner werden die Kategorien Städte mittlerer Größe und nachhaltigste Kleinstädte und Gemeinden vergeben.

Engelstraße soll vom Parkverkehr entlastet werden

Der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss des Stadtrats hat die Verwaltung beauftragt, die sogenannte Aufparkregelung in der Engelstraße, im Abschnitt zwischen der Schiffstraße und dem Theaterplatz, aufzuheben. Mit der Maßnahme sollen die Gehwege für Fußgängerinnen und Fußgänger attraktiver gemacht werden. Als Ausgleich sollen die Parkplätze Altstadt Nord an der Fuchsenwiese und Theaterplatz dienen, auf denen es jeweils freie Kapazitäten gibt. Für Bewohner stehen auch weiterhin Stellplätze in der Engelstraße zur Verfügung. Da die Fahrbahnbreite in diesem Bereich ausreicht, ist ein einseitiges Parken auf der Fahrbahn, entsprechend dem westlichen Abschnitt der Engelstraße (Bereich zwischen Schiff- und Hauptstraße), möglich.

Mit der Änderung der Parkregelung in der Engelstraße setzt die Verwaltung eine Maßnahme aus dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) um. Während der Erarbeitung des VEP wurde das Aufparken von Kraftfahrzeugen auf Gehwegen als wesentliche Einschränkung der Aufenthaltsqualität und der Barrierefreiheit für Fußgänger identifiziert. „Oftmals werden durch die parkenden Fahrzeuge

die Gehwegbreiten so gering, dass ein ungehinderter Verkehr von Fußgängern nicht möglich ist“, so Josef Weber, zuständig Baureferent der Stadt. Besonders für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, die auf Gehhilfen wie Rollatoren oder Rollstühle angewiesen sind, sowie für Eltern, die mit Kinderwagen oder radfahrenden Kindern unterwegs sind, stellen schmale Gehwege ein Hindernis dar. Darüber hinaus sind attraktive Wege und eine gute Erschließung für die Lauf-Kundschaft auch für den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie wichtig. Zudem wird die Aufparkregelung auch den gesetzlichen Vorschriften nicht gerecht. Aufgrund des zum Teil hohen Parkdrucks in der Innenstadt soll die Aufhebung schrittweise umgesetzt werden. Die Priorisierung richtet sich zum einen nach der Bedeutung der Abschnitte für den Fußverkehr und zum anderen sollen auch im Zuge von anstehenden Aus- und Umbaumaßnahmen Gehwegstellplätze entfallen. Die Vorgehensweise zur Rücknahme des Aufparkens an den weiteren Standorten in der Innenstadt und entsprechende Kompensationsmaßnahmen sollen im Rahmen des Parkraumkonzepts für die Innenstadt festgelegt werden.

Trendwende: Zahl der geförderten Sozialwohnungen steigt

Erstmals seit zehn Jahren ist 2017 die Zahl der geförderten Wohnungen in Erlangen wieder angestiegen: Dies zeigt der Wohnungsbericht 2018 der Stadt, der die Entwicklung des Erlanger Wohnungsmarktes für 2017 auswertet. Obwohl weiterhin zahlreiche Wohnungen aus der Bindung fallen – nach den von Bund und Land vorgegebenen Bestimmungen darf eine „alte“ Sozialwohnung meist nach 40, eine neuere geförderte Wohnung nach 25 Jahren auf dem freien Markt angeboten werden – stieg die Zahl der geförderten Wohnungen insgesamt um ca. 100 an. Das ist Folge der zahlreichen Neubauprojekte auch für geförderte Wohnungen in Erlangen, die auch in den nächsten Jahren zu einer weiter steigenden Zahl von geförderten Wohnungen führen wird: Insgesamt sind derzeit gut 700 neue, geförderte

Wohnungen konkret geplant, hinzu kommen noch nicht im Detail geplante Vorhaben wie die Entwicklung der Baugebiete 412 und 413 in Büchenbach.

„Die Entwicklung zeigt den Erfolg unserer Wohnungspolitik in Erlangen“, freut sich SPD-Wohnungssprecher Philipp Dees: „Seit 2014 setzen wir konsequent auf die Schaffung bezahlbarer Wohnungen: Mit der Quote für geförderten Wohnungsbau und der Neubauboffensive bei der Gewobau, denen der Anstieg der geförderten Wohnungen zu verdanken ist.

Aber auch mit klaren Auflagen für frei finanzierte Wohnungen, bei denen die Stadt z.B. über Grundstücksverkäufe mitreden kann: Hier werden bezahlbare Mieten bzw. Weiterverkaufspreise vorgeschrieben.“

Der Wohnungsbericht zeigt aber auch, dass die Situation in Erlangen weiter angespannt bleibt: Die Mieten und Eigentumspreise steigen weiter deutlich an, auch wenn auch hier der Anstieg leicht gebremst werden konnte. „Wir werden daher unsere Politik für bezahlbare Wohnungen in der Stadt konsequent fortsetzen“, so Dees: „Wir werden weiterhin auf Wohnungsneubau setzen und dabei immer, wenn wir eine Möglichkeit haben, Auflagen für bezahlbares Wohnen einfordern – wie auch jetzt schon überall in der Stadt und von allen Baurägern.“

Kurt-Eisner-Platz: Lichtkunst am Rathaus

Mit der Benennung in „Kurt-Eisner-Platz“ ist die „ungestaltete Freifläche“ an der Schuhstraße hinter dem Rathaus in den Blick der Erlanger*innen gerückt. Obwohl es sich um eine sehr viel begangene Verkehrsfläche handelt, verhindern Bauten und Gestaltung den Eindruck eines geschlossenen Platzes und Aufenthaltsqualität. Auf die bauliche Gestaltung der Situation vor allem im Norden – die ehemalige Tankstelle, über die die Zufahrt in das Parkhaus Neuer Markt erfolgt – hat die Stadt Erlangen wenig Einfluss, da ein Großteil der Fläche wegen einer bestehenden Erbpacht bis 2068 nicht beplant werden kann. Dennoch führt die Stadt Gespräche mit dem Erbbaurechtsnehmer, um durch eine Bündelung der Verkehrswege eine

Verbesserung zu ermöglichen. Zudem wurde im UVPA darauf verwiesen, dass wegen der Dichte des Leitungsnetzes unter dem zugänglichen Teil größere Bäume nicht gepflanzt werden können. Das kommt jedoch einem, von der SPD-Fraktion befürworteten, ersten Schritt der Aufwertung des Platzes entgegen: durch eine mögliche teilweise Entsiegelung und Gruppenpflanzung von Büschen bleibt die 14 Stockwerke hohe hintere Fassade des Rathauses frei und kann die Installation eines Lichtkunstwerkes aufnehmen. Dieses sollte inhaltlich auf den Namensgeber und die Umstände seiner Regierung als erster demokratischer Ministerpräsident des Freistaates Bayern Bezug nehmen. Dazu nimmt die Kunstkommission der Stadt Erlangen Stellung: Sie empfiehlt „einen deutlichen Impuls zu setzen ... der ein modernes, zukunftsgerichtetes Image transportiert.“ Ein Wettbewerb soll sicherstellen, „dass das Lichtkunstwerk hohe künstlerische Qualität besitzt“ und „die Betrachter staunen lässt“. Als Mitglied der Kunstkommission freut sich Ursula Lanig: „Mit einer zukunftsweisenden Lichtkunst auf dem Rathaus wird der noch etwas unzulängliche Platz schon jetzt aufgewertet ohne seine künftige Entwicklung zu verbauen. Denn seine Frequenz wird der „Kurt-Eisner-Platz“ mit der Verlagerung der Phil-Fak nach Süden eher noch steigern.“

Richtfest in Kriegenbrunn

Mehr Soziokultur in den Stadtteilen

Wieder wurde eines der Wahlkampfversprechen der SPD und von Oberbürgermeister Dr. Florian Janik umgesetzt: Am 3. Mai fand das Richtfest für das neue Bürger- und Vereinshaus in Kriegenbrunn statt. Soziokultur ist seit Beginn dieser Legislaturperiode eines der Herzensanliegen der Erlanger SPD. Eines der zentralen Ziele dabei: In möglichst allen Stadtteilen Räume zu schaffen, in denen sich Menschen begegnen und Vereine ihre Treffen abhalten können. Im Oktober 2014 hatte die SPD-Stadtratsfraktion beantragt, mögliche Standorte für das Bürger- und Vereinshaus prüfen zu lassen. Nun entsteht in der Kriegenbrunner Straße ein geräumiges

Gebäude für Veranstaltungen von Vereinen, Initiativen oder sonstigen Gruppen im Stadtteil. Außerdem wird die Feuerwehr Kriegenbrunn dort einziehen. Die beiden nächsten Stadtteilhäuser sind auch bereits in Arbeit: In Büchenbach (siehe eigener Bericht) und in Eltersdorf, wo sich die Standortsuche allerdings etwas komplizierter gestaltet – Lösungen zeichnen sich aber ab.

Familienzentrum an der Hartmannstrasse

Im Mai wurde der Vorentwurfsplanung für den Neubau eines Familienzentrums



im BBGZ beschlossen. Damit entsteht an der Hartmannstraße nicht nur eine Vierfachsporthalle und ein Kletterzentrum, sondern auch das Familienzentrum mit Familienstützpunkt, familienpädagogischer Einrichtung, offener Jugendsozialarbeit, Spielstube, Lernstube, Kinderkrippe und Kindergarten. Damit wird ein bedarfsgerechter Ausbau von zusätzlichen Kindertagesplätzen für den Bereich Röthelheim und der Bau von Ersatzräumen für die Einrichtungen in der Schenkstraße (Spiel- und Lernstuben) geschaffen, die aufgrund der Umbauten durch die Gewobau zur Schaffung von mehr Wohnraum wegfallen. Die jugendpolitische Sprecherin Birgit Hartwig: „Die geplante Einrichtung ist gerade für Familien eine wichtige Ergänzung des BBGZ. Wir unterstützen sie

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragsätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....
Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....
Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....
Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....
Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....
Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)
.....

daher nachdrücklich.“

Weiterentwicklung der Kulturfüchse

Der Kulturausschuss hat mit den Stimmen der SPD-Fraktion die Erstellung eines Konzepts zur dauerhaften Weiterführung des Projekts „Kulturfüchse“, einer Kooperation zwischen Hedenus-Schule, Theater und Kunstpalais, beschlossen. Die am Projekt beteiligten Schüler*innen nennen sich selbst „Kulturfüchse“, sie sind von Beginn an in den schulischen Alltag ihrer Klasse integriert und entdecken ihre kulturelle Heimat. Durch den längerfristigen Aufbau der Verbindung zu den kulturpädagogischen Mitarbeiter*innen der Häuser festigen sie ihre schulische und kulturelle Kompetenz und wirken nicht selten als VermittlerInnen zwischen ihren Familien und Theater und Kunstpalais. Schnittstellen der bisher fremdfinanzierten Projektmodule ergeben sich in den Fächern Deutsch, Heimat- und Sachkunde und Kunst; die Projekte schaffen ein positives Arbeitsklima und werden von den Kindern begeistert und kontinuierlich angenommen. Dies hilft ihnen unter anderem, ihre Persönlichkeit ganzheitlich zu entwickeln, sich auf eine Sache in unterschiedlichen Aspekten zu konzentrieren und soziale Kompetenz zu entwickeln. SPD-Kultursprecherin Ursula Lanig befürwortet daher die behutsame Ausdehnung auf eine weitere Schule: „Angesichts dieser höchst positiven Wirkung für unsere Kinder in ihrem schulischen und kulturellen Leben möchten wir diesen Ansatz der nachhaltigen Zusammenarbeit nach Auslaufen der Projektförderung mit städtischen Mitteln weiterführen. Die ‚Kulturfüchse‘ finden tatsächlich neue schlaue Wege zur Kultur – für sich selbst und für andere.“

„Deckel über die A73“

Seit Jahren versucht man, den lärm- und abgasgeplagten Bürgerinnen und Bürgern, die unmittelbar an der A73 wohnen, mit Lärmschutzwänden, Flüsterasphalt und finanziellen Zuschüssen zu Lärmsanierungsmaßnahmen das Leben erträglicher zu machen. Auch wurden

immer wieder Forderungen laut nach einer „Einhausung“. Doch Pläne dazu waren schnell wieder vom Tisch, weil ein solches Projekt die Finanzkraft der Stadt Erlangen dramatisch überschritten hätte und konkrete Förderzusagen von Bund und Land nicht in Aussicht gestellt wurden. Umso begrüßenswerter ist nun der Vorschlag von Innenminister Joachim Herrmann, es mit einer Deckelung zu versuchen, die zumindest den Bereich zwischen Tennenloher Straße und Paul-Gossen-Straße abdecken soll. Ein von der Stadt beauftragtes Planungsbüro stellte in einer Machbarkeitsstudie

interessante Ergebnisse vor, die auf eine Erweiterung der Erlanger Grünflächen um 51 Hektar hinauslaufen. Dass der Deckel stadtplanerisch gesehen ein Gewinn ist, steht außer Zweifel. Doch hat er natürlich seinen Preis, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne. Zunächst muss das Projekt, das geschätzt einen dreistelligen Millionenbetrag kosten wird, in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und dort als vorrangig eingestuft werden. Damit ist vor 2030 nicht zu rechnen. Die Begründung für die Aufnahme muss eine weiterhin steigende Verkehrszunahme sein, die einen

sechsstreifigen Ausbau der A73 rechtfertigt. Denn nur ein solcher Neubau löst besseren Lärmschutz aus. Dieser kann dann, wenn er genehmigt wird, in einem Deckel realisiert werden. Momentan nimmt der Verkehr auf der A 73 – leider – noch jedes Jahr zu und ist mittlerweile bei täglich 84.200 Autos. Bis 2030 sollen es immerhin 110.000 sein. Angesichts der Diskussion um Klimaschutz sollte ein solcher Zuwachs jedoch nachdenklich stimmen. Wollen wir eine CO2-Reduzierung, so braucht es weniger Autoverkehr. Die bessere Lösung ist also: Ein Deckel, aber ohne mehr Verkehr!

Aus dem Bauch gesprochen:

Shame on you, Scholz

„Das Ziel des Lügners ist einfach; zu bezaubern, zu entzücken, zu erfreuen. Er ist das Fundament der zivilisierten Gesellschaft“ Oscar Wilde

So betrachte ist die SPD ein durch und durch „zivilisiertes“ Element unserer Gesellschaft. Ja, unser Parteivorstand agiert nachgerade oberlehrerhaft-vorbildlich. Soll heißen er spricht mit dem offen zur Schau getragenen, arroganten Bewusstsein, dass die „Schöler“, also die Genossen an der Basis, am kürzeren Hebel sitzen und froh sein können, wenn sie noch qua rituellem Abnicken ihre Führung legitimieren dürfen. Als eines der jüngsten Beispiele möchte ich hier auf die Sendung Monitor verweisen, die wenige Tage vor der Europawahl ausgestrahlt wurde: <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/steuertransparenz-100.html>

(In dieser Sendung ging es um die EU-weite Einführung von Steuertransparenz: Jeder in der EU tätige Konzern soll öffentlich ausweisen in welchem Land er wieviel verdient hat und wieviel Steuern in welchem Land gezahlt wurden.)

Olaf Scholz, unser Finanzminister, liefert die in jeder Hinsicht verstörende Schote, die EU-weite Einführung dieser Transparenzregeln durch einen „Prüfvorbehalt“ zu blockieren, obwohl die SPD per Parteitagsbeschluss just eine solche Transparenz fordert. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr. Kein Wunder, dass der alte Dummspruch „Wer

hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ wieder groß in Mode kommt.

Kommen wir von diesem vorsätzlichen und mutwilligen Eigentor zum Grundsätzlichen. Grundsätzlich ist nämlich, dass unser konservativer Parteiflügel seit jeher das politische Experiment scheut wie der Teufel das Weihwasser. „Keine Experimente“, das war schon die Grundhaltung altvorderer Parteigenossen wie Noske. Die heldenhafte Rolle des Troubleshooter übernehmen und übernehmen wir sehr gerne. Aber bitte immer nur als Übergangselement, dann flugs wieder zurück in den sicheren Hafen „konservativ geordneter Verhältnisse“. Lieber Heftpflasterpolitik als Wurzelbehandlung. Und ganz wichtig: zu allen immer nett und ein ganz besonders „verlässlicher Partner“ sein. Gegenüber Parteigenossen ist das natürlich nicht so wichtig, die haben gefälligst Verständnis zu zeigen, für allerlei „staatstragende“ Gründe, die Entscheidungen gegen Parteitagsbeschlüsse „rechtfertigen“. Auf unseren Fall bezogen meint das keinesfalls Koalitionskrach riskieren, und falls der Koalitionsfriede von der C-Seite strapaziert wird: nur kein Öl ins Feuer gießen, schließlich muss man sich auch einmal zurücknehmen können...Angeblich goutieren die Wähler*innen Gezänk nicht. Grabesruhe, soweit haben wirs mit dieser Argumentationslinie gebracht. Eine CSU södert uns mittlerweile ja sogar die

■ Von Monika Fath-Kelling



politische Satisfaktionsfähigkeit ab. Was kann ich als kleines linkes Parteilicht tun? Mich am Diskussionsforum beteiligen, das von wenigen, meist männlichen Selbstdarstellern verstopft ist? Briefe an unseren Vorstand? Sorry, LOL, da wird vollmundig auf unsere tollen Parteitagsbeschlüsse verwiesen, die praktisch -siehe Scholz- nicht umgesetzt werden.

Wenn Olaf Scholz die Entscheidung „Prüfvorbehalt“ allein zu verantworten hat, handelt er parteischädigend. Wenn er aus welchen Gründen auch immer nicht alleine dafür verantwortlich zeichnet, stellt sich die Frage warum sowohl in der Sendung als auch im Anschluss daran von unserer Partei nicht die Gründe für diesen Entschluss kommuniziert werden. Und zwar verständlich und nachvollziehbar, nicht durch pauschalen Verweis auf „Koalitionsvertrag“. Sollte es tatsächlich in seiner Verantwortung liegen, dann darf meiner Meinung nach Olaf Scholz keinesfalls durchkommen mit dieser Nummer. Er gehört von der Partei zum Vorgang angehört und - sollte sich der Verdacht parteischädigenden Verhaltens bestätigen - zur Rechenschaft gezogen werden.

70 Jahre Grundgesetz:

(Chancen-)Gleichheit

Selbstverpflichtet – Warum der Staat mehr für die Chancengleichheit tun muss

Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

Ein Gesetz ist zunächst mal nur: Theorie. Kein Grundrechtsartikel verrät das so deutlich wie Art. 3, der die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz feststellt. Denn nur in diesem Artikel erklärt sich der Staat auch dafür zuständig, dass aus dem Recht nicht erst vor Gericht Praxis wird. Der Staat fördere die tatsächliche Durchsetzung und wirkte auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Allerdings gilt diese Selbstverpflichtung nur für Abs. 2 zur Gleichberechtigung von Mann und Frau – der Staat gibt zu, dass er hier aktiv nachhelfen muss.

Aber im nächsten Absatz des dritten Grundrechtsartikels fehlt ein solches Bekenntnis. Dort herrscht wieder Theorie: Niemand dürfe wegen seiner Sprache, Herkunft oder einer Behinderung benachteiligt werden, heißt es unter anderem. Weiter steht dort nichts. Artikel 3 erhält dadurch ein Ungleichgewicht, man darf behaupten: Er ist nicht ganz gerecht.

Doch was könnte eine Selbstverpflichtung des Staates, die Grundrechte aus Absatz 3 politisch aktiv nach vorn zu bringen, bewirken? Sie wäre vor allem ein Bekenntnis zu dem mächtigsten Instrument, das der Staat in dieser Hinsicht hat – seinem Bildungssystem. Nirgendwo sonst kann er trotz aller kultureller, sozialer, religiöser und individueller Unterschiede, die seine Bürger mitbringen, so nachhaltig ihrer Benachteiligung entgegenwirken. Wer in der

Schule gute Chancen hat, profitiert davon ein Leben lang. Wer dort schlechte Chancen hat, schleppt an den Folgen ebenfalls lebenslang.

Schüler in Deutschland werden viel zu schnell nach Leistung sortiert

Eine grundgesetzliche Selbstverpflichtung des Staates zur Gleichstellung junger Menschen jedweder Herkunft im Bildungssystem könnte Bund und Länder zu mehr Tatkraft zwingen. Wir als Staat nehmen diese Aufgabe an, hieße die Lösung. Bislang waren wir zu nachlässig. Wir haben es zugelassen, dass in unseren Städten Brennpunktschulen entstehen, diesen Schulen müssen wir nun dringend gezielt helfen, diese Schüler und ihre Lehrer müssen wir besserstellen als jene, die ohnehin gute Voraussetzungen haben. Denn in der Praxis, seien wir ehrlich, genügen bislang ein paar Fragen, um herauszufinden, wer welche Chancen auf einen guten Schulabschluss hat: Welche Sprache spricht ihr zu Hause? Wo wohnt ihr? Hast du eine Behinderung?

Spricht ein Schüler zu Hause so gut wie nie Deutsch, wohnt er mit seiner Familie im Essener Norden statt Süden oder ist er taubstumm, dann steht zu befürchten: Zu denen, die es durch den Flaschenhals des deutschen Schulsystems nach oben schaffen, gehört dieser Schüler eher nicht. Sicher, im Einzelfall zählt, wie fleißig einer ist, was Bildung bei ihm zu Hause gilt. Dass es aber jenseits vom Einzelfall so leicht ist, die potenziellen Verlierer und Gewinner des deutschen Bildungssystems zu identifizieren, muss in Anbetracht von Artikel 3 beschämen. Es braucht mehr Kraft, diesen Automatismus zu durchbrechen.

Das Problem ist nicht etwa der Zuwanderung anzulasten, wie mancher gern glauben möchte. Sie macht die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland nur stärker sichtbar. Und das Problem kam auch nicht erst mit dem Pisa-Schock 2001 ans Licht. Schon 1964 debattierte die Öffentlichkeit erregt über den „Bildungsnotstand“. Zentrale Punkte der Kritik könnte die Gesellschaft heute wiederholen: Kinder von Eltern mit kleinen Einkommen

■ Von Mark Schuster



und niedrigen Bildungsabschlüssen sind deutlich benachteiligt. Schüler werden zu früh in Leistungsgruppen sortiert und damit vorschnell einem Platz in der Gesellschaft zugeordnet.

Diese Vorauswahl ist der springende Punkt; statt ungleiche Voraussetzungen zu kompensieren, verstärkt sie diese noch. Schon die Alliierten sahen das äußerst kritisch. Nach Ansicht einer von US-Präsident Truman eingesetzten pädagogischen Expertenkommission hatte das in getrennte Bildungsgänge gegliederte deutsche Schulsystem bei vielen Deutschen Minderwertigkeitsgefühle produziert, „auf denen das autoritäre Führerprinzip gedieh“. 1947 beschloss alle vier Besatzungsmächte, dieses System abzuschaffen und alle Kinder möglichst lange gemeinsam zu beschulen. Allerdings wurden für das Schulwesen wieder die Länder zuständig. Und die wehrten sich gegen die Anordnung mehrheitlich vehement: Die Schule sei in erster Linie pädagogischen Aufgaben und dem Leistungsprinzip verpflichtet, sie dürfe nicht mit sozialpolitischen Aufgaben überfrachtet werden. Bayern verwies sogar auf eine „biologisch gegebene Ungleichheit“, die „durch keine zivilisatorischen Maßnahmen beseitigt“ werden könne.

Auch heute hat das gegliederte Schulsystem eine starke, tonangebende Lobby, lehnen viele eine mehr als vierjährige Einheitsschule als zentrales Instrument des Staates zum sozialen Ausgleich ab. Eine große Strukturreform, wie die Alliierten sie wollten, wird es deshalb nicht geben. Es bleibt das Doktern am System. Immerhin hat man damit schon Gutes bewirkt. Aber immer noch schaffen es Akademikerkinder fast doppelt so oft in die gymnasiale Oberstufe und dreimal so oft ins Studium wie Nicht-Akademikerkinder. Angesichts dessen ist Artikel 3 Abs. 3 tatsächlich: Theorie.

Bestens vernetzt

Die Großkirchen sind in Deutschland mit den Landes- und Bundesämtern, mit dem Bundespräsidialamt, Bundeskanzleramt und Bundesverfassungsgericht bestens vernetzt. Auch die Amtsinhaber kirchlicher Organisationen und der Bundesämter sind austauschbar und das ist heute gängige Praxis der Ämterverquickung. Das Katholische und Evangelische Büro in Berlin befinden sich in der Nähe des Bundesparkaments. Es finden Frühstücksgebete mit Abgeordneten statt, die Vertrauen schaffen und „Türen öffnen“. Dabei werden verschiedene Themen besprochen und nebenbei in Erfahrung gebracht, welche Gesetzesänderungen anstehen. Dann kann darauf rechtzeitig Einfluss genommen werden. Der kirchliche Lobbyismus ist geräuschlos und wird von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die kirchlichen Lobbyisten in Berlin unterscheiden sich von den ökonomischen Lobbyisten, indem sie mit einer Doppelspitze aus Theologen (für die seelsorgerische Parlamentsarbeit) und einem Juristen

(für die Mitarbeit an den Entwürfen für Gesetzestexte) arbeiten. Und haben damit Erfolg - das Betriebsverfassungsgesetz gilt nicht für die Kirchen. „Sie beanspruchen einen rechtseigenen Raum außerhalb der für alle geltenden Gesetze“. Es entstand so ein kirchliches „Selbstbestimmungsrecht“, wie es vom Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung formuliert und bestätigt wird.

Neu für mich ist, dass Tatbestände, die in einer Kommune als korrupt gelten und strafbar sind, bei Abgeordneten, aufgrund ihrer Immunität, durchaus üblich sind. So z.B. kann ein Abgeordneter mit einer leitenden Funktion bei einer kirchlichen Einrichtung, wie die Verbände Caritas, Diakonie und viele andere, über finanzielle Zuschüsse des Bundes an diese Verbände mitentscheiden. In einer Kommune dürfte er als Befangener nicht an der Abstimmung teilnehmen, geschweige denn selbst darüber entscheiden.

Heute wird viel über Datenschutz diskutiert und Einverständniserklärungen

■ **Von Stefan Barth**

verlangt, wenn persönliche Daten weitergegeben werden sollen. 1925 wurde die Lohnsteuerkarte eingeführt. Entsprechend dem Verfassungsartikel, dass die Religionszugehörigkeit Privatsache sei, wurde keine Religion eingetragen. Unter den Nationalsozialisten wurde dieser Religionseintrag ab 1934 angeordnet und die Kirchensteuer (über 10 Milliarden jährlich) vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer direkt an die Finanzämter und Kirchen abgeführt. So konnten die Nazis auch die jüdischen Mitbürger kenntlich machen. Bisher wurde das nicht beanstandet und von den Kirchen schon gar nicht. Die Kirchen beschreiben ihre Medienarbeit so: „Die kirchliche Mitwirkung in Hörfunk und Fernsehen ist in der Bundesrepublik verfassungsrechtlich verankert. Das Grundgesetz garantiert in Art. 5 Abs. 1 S. 2 die Rundfunkfreiheit,



Profitieren Sie von der Erfahrung des größten Immobilienmaklers in der Region.

Zuhause ist einfach.



sparkasse-erlangen.de/immobilien

Sie beabsichtigen Ihre Immobilie zu verkaufen?

Wir suchen Häuser, Wohnungen und Grundstücke für vorgemerkte Kunden.

Immobilien kaufen und verkaufen ist Vertrauenssache!



Unsere qualifizierten Berater werden Sie gerne umfassend beraten. Rufen Sie uns einfach an: 09131 824-2288.



Stadt- und Kreissparkasse
Erlangen Höchststadt Herzogenaurach

die Verfassungsrichter verpflichten den Gesetzgeber durch ihre kontinuierliche Rechtsprechung auf einen verfassungsmäßigen rundfunkpolitischen Ordnungsrahmen.“ Das heißt aber nicht, dass aus Art. 5 GG (Meinungsfreiheit, auch in Presse und Rundfunk) Sonderrechte für die Kirchen abgeleitet werden können. Die Kirchen sind aber in den Rundfunkräten und Rundfunksen-

den überproportional stark vertreten. Die etwa 40 Prozent Konfessionsloser - Tendenz steigend - sind überhaupt nicht vertreten. Zur freien Meinungsäußerung gehört übrigens auch, die Gottes vergessenen, heimlichen Kinder der Priester zu rehabilitieren! Die weit über zehntausend Fälle werden unter dem Mantel der Verschwiegenheit versteckt.

Wer sich um die Kirchen verdient gemacht hat bekommt einen päpstlichen Orden. Es erstaunt allerdings, dass bisher die meisten Orden die Richter des Bundesverfassungsgerichts bekommen haben. Warum wohl? (Die Ergebnisse einer Kirchenstudie wurden von Carsten Frerk in seinem Buch „Kirchenrepublik Deutschland“ zusammengefasst)

70 Jahre Grundgesetz:

Freiheit

Ob freie Liebe, Homosexualität, Transgender: Das darf es nicht geben, rufen von jeher Sittenwächter und Ideologen. Das Grundgesetz stellt die Gegenfrage: Warum nicht? Über die liberale Seele der deutschen Verfassung Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

Nein, das Bundesverfassungsgericht hat nie die Einführung des „Dritten Geschlechts“ gefordert, wies es nach seinem Beschluss vom 10. Oktober 2017 oft hieß. Das Bundesverfassungsgericht hat nie verlangt, dass die Standesämter eine dritte Kategorie aufmachen, also neben „männlich“ und „weiblich“ noch „divers“. Das Bundesverfassungsgericht hat, viel bescheidener, nur verlangt: Der Staat müsse aufhören, Menschen in zwei Kategorien zu pressen. Schluss mit Zwang.

Der Staat darf niemanden etwas verbieten, wenn sie nicht Rechte anderer Personen verletzen

Was für ein bestechend einfacher Gedanke: Der Staat hat zu respektieren, wie ein Mensch lebt, liebt, auch wie er sich selbst definiert – weil es schlicht-

weg niemanden ernsthaft schadet, wenn diese Freiheit gewährt wird. Weil es sich „nicht mit Belangen Dritter rechtfertigen lässt“, einem Menschen diese vorzuenthalten. Das ist knapp, das ist simpel, das ist eine Logik, die zwischen einer auf den ersten Blick nur mäßig glanzvollen Grundgesetzformulierung hervorfunktelt. Dieser Artikel 2 Abs. 1 ist sprachlich ähnlich wolkig wie seine berühmte Nachbarin, die Menschenwürdegarantie in Artikel 1.

Selbstbestimmung. Freiheit. Jeder nach seiner Fassung. „Allgemeines Persönlichkeitsrecht“, wie das Bundesverfassungsgericht über den Artikel 2 sagt. Oder auch „Allgemeine Handlungsfreiheit“. Das sind große Worte, die einen schönen Klang verbreiten, aber den Vertretern staatlicher Macht letztlich noch wenig vorschreiben. Denn der Staat ist ohnehin nur dann gefragt, wen es zum Konflikt kommt: zwischen den Interessen oder Rechten mehrerer Personen. Da beginnt Recht, da beginnt Politik. Und da beginnen erst die eigentlichen Diskussionen.

Das Wort „Freiheit“ bietet da nie die Antwort. Aber es stellt die richtige Frage. Art. 2 Abs. 1 über die freie Entfaltung der Persönlichkeit beinhaltet ein Versprechen: Wenn er Staat seinen Bürgern etwas verbieten oder sie zu etwas zwingen möchte, dann sollte er dies mit einer Gefahr für die konkreten Rechte anderer Bürger begründen können. Dieser Gedanke ist in der deutschen Verfassungstradition ein Novum, er wurde übernommen aus dem Recht der laizistischen Französischen Republik; und für den einstigen deutschen Obrigkeitsstaat ist das 1949 bahnbrechend gewesen.

■ Von Mark Schuster



Die Bundesrepublik ist damit nicht gleich zu einem liberalen Land geworden. Lange sind etwa homosexuelle Männer weiter strafrechtlich verfolgt werden, auch wenn ihr einvernehmlicher Sex niemanden in seinen Rechten verletzt, was selbst die konservativen Verfechter dieser Bestrafung einräumten. Aber diejenigen, die dagegen ankämpften, konnten sich nun erstmals auf die Verfassung berufen. Damit drangen sie in Karlsruhe zunehmend durch. Auch weil die Richter in Art. 2 Abs. 1 seit den 1960er-Jahren nicht mehr recht ernst nahmen: Das man Freiheit auch auf Basis bloßer „Sittengesetze“ einschränken können sollte, widerspricht dem sonstigen Konzept dieses Grundrechtsartikels.

Man darf es nicht! Art. 2 Abs. 1 GG antwortet darauf stets mit der gedachten Gegenfrage: Warum nicht? Wessen Rechte sprechen dagegen?

Niemand muss begründen, dass er sich Freiheit nehmen möchte. Begründungen liefern müssen immer die anderen; also die, die Freiheiten beschränken. Das ist im Laufe der Jahrzehnte in verschiedenen Bereichen des Lebens wirksam geworden. Beim Datenschutz etwa: In einer Zeit, als der Staat plötzlich mit geringstem Aufwand Datenbanken seiner Bürger anlegen konnte, merkten Verfassungsrechtler an, dass dies ein Problem sein – weil auch der subtile Konformitätsdruck, der von jeder Überwachung ausgeht, die Freiheit schrumpfen lässt. Die Folge: Der Staat darf das nur tun,

soweit er gute Gründe hat. Zum Schutz von Kriminalitätsoffern zum Beispiel. Nirgends aber ist das Prinzip dann so klar geworden wie bei der Definition der Geschlechter, diesem uralten Spielplatz gestrenger Sittenwächter. Das Bundesverfassungsgericht suchte 1978 nach einem vernünftigen Grund dafür, dass das deutsche Recht Transgender-Menschen gegen deren Willen auf das Geschlecht bei ihrer Geburt festnagelte. Es fand keinen. Woraufhin der Bundestag zwar eine Anerkennung des empfundenen Geschlechts erlaubte, aber hohe Hürden aufstellte. Neben zwei psychologischen Gutachten verlangte er, dass Betroffene sich unters Messer legen: zur Sterilisierung und „deutlichen“ Umgestaltung ihrer Genitalien.

Warum? Sieben Mal nahmen es einzelne Betroffene auf sich, ihre Probleme mit diesen Hürden durch alle Instanzen bis hin auf zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe zu tragen; sieben Mal antwortete das Bundesverfassungsgericht schulterzuckend, dass sich für die jeweilige Hürde in der Tat keine vernünftige Rechtfertigung finden lasse. Die ursprünglich vorgesehene Altersgrenze von 25 Jahren: reine Willkür, fanden die Richter. Für das Erfordernis der deutschen Staatsangehörigkeit lasse sich ebenfalls kein sachlicher Grund erkennen. Für das Erfordernis der Ledigkeit auch nicht.

Und schließlich: Warum verlangt der Staat überhaupt, dass ein Mensch seine Genitalien herzeigt, bevor er für sein empfundenen Geschlecht staatliche Anerkennung bekommt? Die Karlsruher Richter erörterten dies lange. Wenn es einzelne Männer mit Vagina und einzelne Frauen mit Penissen geben sollte – würde das irgendjemanden in seinen Rechten verletzen? Die Richter, allesamt kühl abwägende, rationale Menschen, fanden dafür keine überzeugende Erklärung – und hoben 2011 den Operationszwang auf. Ein historischer Moment: Geschlecht im Rechtssinne ist seither nicht mehr zwingend an körperliche Bedingungen gekoppelt. Deutschland hat bei einer Rechtsentwicklung nachgezogen, die in Belgien, Finnland, Österreich, Schweden, Spanien und Großbritannien bereits zuvor vollzogen worden war.

So wie die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes eine stete Ermahnung an den Staat ist, Skrupel zu behalten, so ist Artikel 2 Abs. 1 sine liberale Seele. Skeptisch, nüchtern und glücklicherweise zunehmend sichtbar.

Antwort auf den Artikel „Zur Erinnerung“ von Stefan Barth im Monatsspiegel Juni 2019

Nach langer Recherche weiß ich endlich, was an dem Artikel u.a. nicht stimmt: Die AsF Frauen haben 2015 Forderungen gestellt und nicht im Jahr 1915. Sie haben eine Diskussion eröffnet, und ich beteilige mich gerne an der Diskussion. Ich würde gern von Stefan Barth wissen, wie er die Folgen einer Trennung von Kirche und Staat ausgleichen möchte? Er beschwert sich darüber, dass die Caritas und Diakonie viel Steuergelder im Jahr vom Steuergeld bekommen. Er vergisst aber anzugeben wofür sie das Geld bekommen. Die Kirchen haben über eine Million ArbeitnehmerInnen in Deutschland. Sie sind nach dem Staat der zweitgrößte Arbeitgeber in Deutschland. Die Kirchen und auch viele andere christliche Glaubensgemeinschaften sind in der Altenpflege, Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Schulbildung, Obdachlosenhilfe u.a. stark engagiert, und wer gute pädagogische und soziale Arbeit leistet hat auch eine gute finanzielle Leistung verdient. Herr Stefan Barth, bitte sagen Sie mir was mit all diesen hilfsbedürftigen Menschen passiert, wenn die Kirchen keine Gelder mehr vom Staat erhalten, und ihre sozialen Hilfsangebote einstellen? Über eine Million Menschen wären dann arbeitslos, und das soziale Netz, dass die Kirchen anbieten, würde es nicht mehr geben. Viele Krankenhäuser, Schulen, Altenheime, Beratungsstellen u.a. müssten schliessen, wenn der Staat nicht einspringen würde. Da hätte ich gerne eine Antwort, Lösungsvorschläge von Ihnen. Wir haben jetzt schon zu wenig Altenpfleger, Krankenschwestern,

■ Von Jutta Frischengruber

ErzieherInnen. Würden die Kirchen ihre sozialen Einrichtungen schließen wäre das ein sozialer GAU.

Ich zahle als gläubige Christin gerne monatlich meine Kirchensteuer, da ich sehe, dass die Kirchen tolle soziale Angebote anbieten, ohne deren soziales Engagement hätten wir noch mehr soziale Probleme in Deutschland. In Nürnberg gibt es Schulen wo in Containern Unterricht abgehalten wird, das hat mich sehr erschüttert.

Herr Barth, gehen Sie an christlichen Feiertagen arbeiten, oder haben Sie da frei? Als ein Verfechter von Trennung von Staat und Kirche müssten Sie an allen christlichen Feiertagen arbeiten gehen. Über die Kirchen wird viel geschimpft, aber die christlichen Feiertage wie Weihnachten, Ostern, etc. werden gerne von Nichtgläubigen angenommen. Und als Nichtgläubiger sollten Herr Barth das Wort Nächstenliebe mit mehr Bedacht benutzen. Vorher über die Kirchen lästern und dann von Nächstenliebe reden macht mich als Christin wirklich sprachlos. Die Diskussion ist eröffnet. Würde mich über andere Meinungen zu diesem Thema an dieser Stelle freuen. Wenn ich als Christin in der SPD nicht erwünscht bin müsste ich austreten. Das wäre schade.

Richtigstellung zum Artikel „Zur Erinnerung“ im Monatsspiegel Juni 2019

In meinem Beitrag ZUR ERINNERUNG im Monatsspiegel Juni 2019 ist mir ein Flüchtigkeitsfehler unterlaufen. Es muss natürlich heißen: „Der Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen (AsF) der SPD in Schleswig-Holstein stellte Anfang März 2015 für den Landesparteitag Mitte März Forderungen ... Siehe dazu auch den interessanten Artikel im Internet:

■ Von Stefan Barth

AsF Schleswig-Holstein : Trennung von Kirche und Staat: SPD-Frauen rüsten zum Großangriff.

■ Distrikte

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch 17. Juli,
19.00 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:

Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_gha@hotmail.com

Nächstes Treffen SPD Ost:

**16. Juli 2019 in der Pizzeria
Romano (Brückenpaulus)
19 Uhr in Sieglitzhof**

Wir freuen uns auf Euch!

Für den Vorstand
Silvia Schäfer

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzender:

Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten Sitzung

**am Mittwoch, den 17.Juli,
um 20 h, im Bürgertreff
Berliner Platz, Berliner
Platz 1**

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Aktuelles aus dem Stadtrat
2. Stadtteilbeirat ER-Süd
3. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Er-
scheinen.

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Andreas Richter
Vorsitzender

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924

**Protokoll der Distrikt-Jah-
reshauptversammlung
vom 18.06.2019 in Ten-
nenlohe**

Top1: Aktuelles

Die Ergebnisse der Europawahl am 26.
Mai 2019 waren für die SPD ernüch-
ternd. Mit 12.1 % lag die Partei hinter
Grüne und CSU nur noch auf dem dritten
Platz. In Tennenlohe konnte mit 15.8%
das zweitbeste Ergebnis nach dem An-
ger mit 16.4% erreicht werden. Auch die
Wahlbeteiligung lag in Tennenlohe mit
über 70% über dem Durchschnitt von
66,5% in Erlangen. Bei der Diskussion

zum nächsten Präsidenten der Europä-
ischen Kommission war die allgemeine
Meinung, dass der CSU-Kandidat Man-
fred Weber ungeeignet wäre.

Zum Rücktritt der SPD-Vorsitzenden
Andrea Nahles wurde angemerkt, dass
Andrea auf üble Weise aus dem Amt ge-
drängt wurde, aber sie hätte es auch nie
wirklich geschafft, sich als integrative
und staatsmännische Vorsitzende zu
profilieren.

Top2: Liste der SPD für die Wahl zum Stadtrat

Die SPD-Findungskommission hat einen
Listenvorschlag für die Reihung der Kan-
didaten vorgelegt. Der Tennenloher An-
dreas Bammes wurde auf den 15. Platz
gesetzt, was vom Distrikt mit großem

Beifall aufgenommen wurde.

Als wichtiges Thema für die Kommunalwahl im März 2020 wird für Tenenlohe sicher die Trassenführung der STUB durch den Ort sein. Die Stadt-Umland-Bahn gliedert sich als eine der wichtigsten Maßnahmen in ein ganzes Bündel von Klimaverbesserungen im Rahmen des Klimanotstandprogrammes der Stadt Erlangen ein.

Top3: Bericht des Betreuungsstadtrat Andreas Richter

Eines der großen Themen im Stadtrat ist aktuell die Nachricht, dass im aktuellen Haushaltsplan des Freistaats keine ausreichenden Mittel für die angekündigten Renovierungen der FAU eingeplant sind. So ist auch unklar, wie und wann

der Himbeerpalast für die Universität nutzbar wäre. Der Präsident der FAU will am 27. Juni im Stadtrat Stellung dazu nehmen.

Top4: Ortsbeirat

Die nächste Ortsbeiratssitzung in Tenenlohe findet am 11.7. im Schloßla statt.

Rolf bittet, sich in der Bevölkerung nach Themen umzuhören. Klaus berichtet, dass er gehört hat, dass die Busführung des 290 durch den Vogelherd als unnötig kritisiert wird. Wenn der 295 bis Mitternacht fahren würde, könnte der 290 von Bruck kommend gleich in die Lachnerstrasse einschwenken.

Hans Hauer

Liebe Genoss*innen,

nach dem schlechten Europawahlergebnis, zog unsere Vorsitzende Andrea Nahles Konsequenzen und trat von ihren Ämtern zurück. Damit übernahm sie zum Einen die Verantwortung für die Niederlage, zum Anderen macht sie Platz für etwas Neues. Die Situation in der die SPD jetzt steckt ist zwar eine schwierige, allerdings auch eine die viele Chancen zulässt. Wir wollen deshalb gemeinsam diskutieren wie es mit unserer Partei weitergeht.

Unsere nächste Sitzung findet statt am: 10. Juli, 20 Uhr im Gütlein

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Aktuelles
2. Situation der SPD
3. Aktionen des Distrikts
4. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
5. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
6. Verschiedenes

Ich freue mich wie immer auf zahlreiches Kommen!

Solidarische Grüße,
Tobias Körber

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Tobias Körber

Mobil: 01772955309

spd@tobias-koerber.de

AG 60 plus - Kreisverband Erlangen

Protokoll der Mitgliederversammlung am 19.06.2019 im August-Bebel-Haus

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls

3. Aktuelles
4. Vorbereitung des Besuches der Tabea-Musterwohnung in Roth
5. Filmreihe im Herbst. Welche Filme wollen wir zeigen?
6. Verschiedenes

Top 1: Begrüßung

durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2: Genehmigung des Protokolls

wird genehmigt

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

Top 3: Aktuelles

Rege Diskussion zum Thema Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV). Hem berichtet, dass ab September 2019 die Stadtwerke Erlangen allein (ohne Landkreisverkehr) für ihren öffentlichen Nahverkehr zuständig seien, sowie von seinem Leserbrief.

Top 4: Vorbereitung des Besuches der Tabea-Musterwohnung in Roth

Die neue, barrierefreie Musterwohnung TABEA wollen wir im September 2019 besuchen. Wir wollen dazu auch die Jusos einladen. Termin:

Donnerstag, 05.09.19 oder Donnerstag, 19.09.19, jeweils vormittags, endgültiger Termin wird noch entschieden.

Top 5: Filmreihe im Herbst. Welche Filme wollen wir zeigen?

Die bereits mit der IGM festgelegten Termine sind:

18.09.2019: 15:00 Uhr

16.10.2019: 15:00 Uhr

13.11.2019: 15:00 Uhr

Folgende Filme wurden von uns für eine Vorauswahl ausgesucht:

„Ein Mann namens Ove“; „Birnenkuchen mit Lavendel“; „Die Abenteuer des Rabbi Jacob“; „In 80 Tagen um die Welt“; „Leergut“.

Hartmut schickt diese Liste an Peter Römer, IGM zwecks endgültiger Auswahl von 3 Filmen

Top 6: Verschiedenes

• Zum Gegenbesuch der AG60+ aus Jena teilten uns die Jenenser mit, dass sie erst die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen im Oktober 2019 abwarten und danach entscheiden wollen. Hartmut schlägt vor, dass wir am 3. Oktober am gemeinsamen Empfang teilnehmen und einen Extra-Punkt für die Jenenser erarbeiten.

• Was wurde aus unserem Antrag an

den Unterbezirk „Aufhebung des Delegiertenprinzips“? Hartmut hatte an der Sitzung des Unterbezirkstages teilgenommen, mußte sie jedoch aus Zeitgründen vor der Abstimmung verlassen. Hem berichtet, dass aus unerklärlichen Gründen unser Erlanger Antrag dem Unterbezirk nicht vorlag, nur der ablehnende Antrag aus Lonnerstadt. Hem stellte dann den Antrag „Aufhebung des Delegiertenprinzips“ an den Unterbezirk, der jedoch nicht angenommen wurde.

• Abschließend stimmten wir uns darauf ein, dass unser erklärtes Ziel ist, bei der Kommunalwahl im März 2020 gut abzuschneiden.

Auf folgende Termine wird hingewiesen:

• Dienstag, 25. Juni 2019, KV-Sitzung

• Freitag, 28. Juni 2019, 18:00 Uhr, Lese Café, „Barcamp Frieden“, Ausrichter: Distrikt Innenstadt

• Samstag, 29.6.2019, 9:00 – 13:00 Uhr, 1. Workshop zu Sozialen Medien, Ausrichter: Jusos

Nächste Termine der AG 60plus:

• **Dienstag, 16. Juli 2019, 15:00 Uhr, August-Bebel-Haus**

• **Dienstag, 17. September 2019, 15:00 Uhr, August-Bebel-Haus**

Protokollführerin: Renate Schmidt

■ **Jusos**

Vorsitzender:

Munib Agha

Telefon: 9731163

Mobil: 0160-3581886

munib_gha@hotmail.com

Liebe Jusos,

im Juli treffen wir uns am

- 09.07. Thema: Wirtschaftsdemokratie

- 23.07. Thema: Steuerpolitik

Diese Sitzungen finden jeweils um 19:30 Uhr im Sitzungszimmer des ABH statt.

Zusätzlich treffen wir uns gemütlich

am 02.07., 16.07., 30.07., 13.08. und 27.08. zum Wikingerschach am Bohlenplatz (immer 18 Uhr).

Wir freuen uns natürlich auf euer zahlreiches Erscheinen bei allen Terminen.

Grüße,
euer Vorstand